

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Bezugspreis: 75 Halbpennig monatlich. — Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Postämter und der Verlag Halle (Saale), Gr. Braunschweiger Str. 30, entgegen. — Streifen, höhere Ortschaft und Kreisverwaltungen erlauben den Verlag von der Zahlung für Abrechnung und Entschädigung.

Anzeigenpreis: Für die schweizerische Müllerer-Zeitung, Seite 10 Halbpennig. — Anzeigen im Reichsanzeiger 1 Mark. — Anzeigen im Reichsanzeiger durch den Verlag des Politischen Wegweiser, Halle (Saale), Gr. Braunschweiger Str. 30, entgegen. — Streifen, höhere Ortschaft und Kreisverwaltungen erlauben den Verlag von der Zahlung für Abrechnung und Entschädigung.

Nummer 27

Halle (S.) 2. Juni 1927

3. Jahrgang

## Es gelingt nichts mehr.

unersättliche Wünsche — Hü und hot — Die Verlängerung des Reichsmietengesetzes — Der unkämpfte Schutz Zoll — Curtius gegen Schiele — Für Abbau des Wirtschaftsimperialisismus — Die Verschlebung des Schulgesetzes — Gedämpfte Begeisterung für den schwarz-blauen Block — Das Zentrum für Septembertagung — Die Fürstenabfindung — Thüringen gegen die Reichsregierung — Lauter Doppelvorlagen — Der erfassungstag — Preußen gegen das Reich — Die außenpolitische Debatte — Eine Anfrage an Poincaré — Die beiden „Freimaurer“ — Der Fall Daudet — Der Obrigkeitstaat — Die Ab- und Aufrüstung zur See.

Als der Reichstag nach den Pfingstferien wieder zusammentrat, bereite ihm die Reichsregierung eine Ueberlieferung. Während man allgemein angenommen hatte, daß nur eine kurze Tagung beabsichtigt sei, in der nur unerschöpfbare Gesetzvorlagen erledigt werden sollten, trat das Kabinett eine umfangreiche Liste seiner Wünsche vor. Sie standen lediglich auf dem Papier mit Ueberlieferung. Der Text fehlte. Und das war eigentlich gar nicht merkwürdig, denn die jetzige Regierung ist ihrer Zusammenkunft nach wohl die unglücklichste, die auf Grund nach Herrn Cuno gehabt hat. Bekannt ist, was er ausreichte, aber jedes Pferd zieht nach einer deren Richtung. Inzwischen haben sich die wirklichen parlamentarischen Verhältnisse bereits geklärt, und das ist die Desillusionierung weiß bereits, daß in diesem Sommer gar nichts geschehen wird. Das Reichsmietengesetz, das Mietzuschußgesetz laufen am 30. Juni ab. Vorläufig ist die Regierung eine Verlängerung bis zum Juli vor, um dem hohen Hause Zeit zu geben, sich in Widersprüchen des Reichsrates zurecht zu finden. Herr Bergt hätte an den geltenden Bestimmungen einiges Anknüpfen der Mieter geändert, namentlich in Bezug das Kündigungsrecht. Die so veränderte Vorlage ist dann für einige Zeit Ruhe schaffen. Preußen aber hat sich wieder in den Reichsrat und brachte die Mehrheit auf ihre Seite. So kam es zu einer Doppelvorlage mit dem Vermerk. Zur gefälligen Auswahl. Der Reichstag aber wollte nicht wählen, sondern vertagte seine Sitzung. Die bisherigen Gesetze blieben bis zum Ende des Jahres in Kraft.

Dieses war der erste Streich. Dabei ist er insofern eine Ausnahmemaßnahme, als tatsächlich etwas Greifbares vorlag. Anders steht es mit der Zolltarifnovelle. Agrarier hatten weitgehende Wünsche die Herrschaft pflichtgemäß vortrat. Erhöhung des Kartellpreises des Zuckers, während der Weltkoll durch den Lauf des deutsch-französischen Handelsvertrags ist monatlich von 10,50 auf 12,50 M. erhob. Aber die Regierung bezieht glücklicherweise nicht nur aus Deutschland, und so erheben sofort das Zentrum und die Deutsche Partei Widerspruch. Sie stehen auf dem Boden der Genfer Weltwirtschaftskonferenz gefassten Beschlüsse und sind für Abbau der Zollmauern. Während Schiele in Bielefeld seine Rede für Wirtschaftsimperialisismus hielt, bekannte sich Stresemann in Genf zum Gegenteil, und seine Parteifreund Dr. Curtius benutzte die Wirkung der Auslandsdelegation in Hamburg, um die dortigen Anführer mit allem Nachdruck zu betonen, allein würde noch nicht ein Bild der jetzigen Preußen wieder spiegeln. Im Reichsrat werden Preußen, Preußen, Hamburg und wohl auch noch eine ganze Reihe anderer Länder die Vorlage der Regierung verurteilen. Am kommt es auch wieder zur gefälligen Auswahl. Am wäre es schon, man verlängerte einfach die am Juli ablaufende Novelle. Und das dürfte vermutlich im wesentlichen geschehen. Den Deutschnationalen soll, wie wir hören, das Regieren gar keinen Spaß machen. Mit dem Republikuschgesetz allein kann er vor seinen Anhängern nicht parodieren.

Auch das Zentrum hat keine Begeisterung für den schwarz-blauen Block erheblich gedämpft. Eigentlich hat man nur geschaffen, um in Kulturfragen die Weltanschauung zu revidieren. Das war der Sinn, als man sich in Köln traf und die Koalition der Mitte in der Hand. Man kann auch nicht behaupten, daß es an der im Winterkreis des Herrn von Reußel bezieht hätte. Immer das Zentrum pflegen in solchen Dingen eher gut zu tun als zu wenig zu tun. Fünf Entwürfe ausgearbeitet worden, von denen keiner sämtlichen Parteiparteien gefälligt. Wir aber dürfen demnach dem früheren Abgeordneten Sabor sagen: „Ich kenne die Absichten der Regierung nicht, ich mißbillige sie aber.“ Auch nur an erster Stelle die Zustimmung eines Zeugnisses in dieser Hinsicht finden kann, ist für einen raten unerträglich. Doch soweit sind wir noch gar nicht. Wir brauchen uns nicht den Kopf des Herrn Dr. Stresemann oder des Herrn Dr. Curtius zu zerbrechen. In der nächsten Woche, wenn der Träger des Nobel-

preises aus Oslo zurückgekehrt sein wird, wird sich das Kabinett damit zu befassen haben. Vielleicht. Wahrscheinlich nicht. Selbst im Zentrum rechnet man schon damit, daß vor dem Sommerferien dieser Janfussel nicht mehr unter die Parteien soll. Deshalb schlägt man auch eine Septembertagung vor, für die aber im hohen Hause nicht die geringste Geneigtheit besteht. Seinen Urlaub zu unterbrechen, wenn etwas wichtiges vorliegt, ist peinlich. Aber mit der sicheren Aussicht nach Berlin zurückzuführen, mit den Bundesparlamenten in die Haare zu geraten, kann wirklich nicht verloren. So dürfte es beim November bleiben. Allerdings auch nicht gerade mit Aussicht auf Erfolg. Im letzten Jahre vor den Wahlkämpfen besaß sich niemand gern.

Doch damit ist die Reporelliste der Mißerfolge noch nicht erschöpft. Das Sperrgesetz für die Fürstenabfindung läuft ab. Gesetze haben die notwendige Eigenschaft, immer im unbestimmten Zeitpunkt ihre Ende zu erreichen. Noch stehen Auseinandersetzungen in Thüringen aus, und gerade die Regierung in Weimar drängt auf Verlängerung, übrigens mit beifälliger Zustimmung der Deutschnationalen, deren monarchische Gefühle sich mit der Abneigung gegen neue Steuern die Waage halten. Doch Herr von Reußel ist auf einen Ausweg gekommen. Er hat sich von den Fürsten das Versprechen geben lassen, daß sie keinen Protest vor dem 1. Januar anbringen. Leider wissen wir noch nicht, ob es sich um das kleine oder große Ehrenwort handelt, und ob diese Zusagen Reichsverbindlichkeit haben. Aber das alles lokal zugegeben, bleibt noch die Tatsache bestehen, daß Thüringen viel schlechter verhandeln kann, wenn kein Sperrgesetz vorhanden ist, und die Fürsten ja nur bis zum 1. Januar zu warten brauchen, um freie Hand zu haben, als wenn sie sich in einem gewissen Zwange befänden. Mit den Ständebesetzern aber will man auf dem Wege der Berodung aufräumen. Der Unterschied zwischen ihnen und den Entthroneten vom 9. November besteht lediglich in der Zeit. Die Einen wurden schon vor 120 Jahren abgesetzt, die Anderen erst 1918. Man kann sie als die Vorfahren betrachten.

Auch die Frage des Verfassungsstages wird ein Mißerfolg. Demokraten und Sozialdemokraten haben die gesetzliche Forderung beantragt. Daß die Rechte damit nicht einverwandten ist, überläßt nicht. Die Entscheidung liegt beim Zentrum, das selbstverständlich dafür ist, aber das hohe Einverständnis in der Regierung nicht zu fördern wünscht. Deshalb ist man auf den genialen Ausweg verfallen, die Anträge bis zum Herbst zu vertagen, weil dann der 11. August sowieso vorüber ist, übrigens in Verbindung

**Dienst am Vaterlande**

ist für uns die politische Arbeit. Unsere Ideen marschieren. Wir freuen uns dessen. Stärker nützlicher und erfolgreicher können wir arbeiten, wenn alle demokratisch Gesinnten sich zusammenfinden. Freunde werdet für die Deutsche Demokratische Partei.

**es lohnt sich, dafür zu arbeiten!**

mit der gesetzlichen Festlegung katholischer Feiertage auch in den protestantischen Staaten. Ansonst ist der Tod. Soweit wäre alles in bester Ordnung, was man unter dem gegenwärtigen System Ordnung nennt. Wenn nur nicht Preußen wäre. Dort aber legt man für Zweidrittel aller Deutschen den Verfassungsstag gesetzlich fest. Mit Zentrumshilfe. Es ist eben ein Unterliegend, ob man seine Grundzüge im Reichstag oder im Landtag zu vertreten hat.

Die große außenpolitische Debatte im Reichstagete hat eine Einheitsfront geschaffen. Herr Dr. Stresemann hielt eine sehr schöne Rede mit der freundlichen Aufforderung an Poincaré, nun endlich zu sagen, was er lieber sieht, Ruhestärke oder Locarno. Auch wir sind durchaus für diese Anfrage, obwohl wir nicht glauben, daß sie beantwortet wird. Aber sie ist vielleicht dem kranken Briand

ein Laßsal gewesen. Trend einmal wird der große Lothringer schon Farbe bekennen müssen. Er hat inzwischen die Resolutionen seiner Unversittler Rede gelesen und darüber festgestellt, daß er von den Kritikern aller Länder heruntergelassen wurde. Dafür aber hat er ein sehr feines Ohr. Der Reichstag stellte sich beinahe einmütig hinter seinen Minister. Natürlich, die Kommunisten ausgeschlossen, die überall Gefähr für Moskau wittern, auch wo sie nicht vorhanden ist, und ebenso natürlich die Böllischen ausgeschlossen. Man kann streiten, wer sich dabei rüpelhafter betrug. Graf Reventlow holte sich einen Ordnungsruf, weil er den Locarnovertrag als die Schieberarbeit der beiden Freimaurer Briand und Stojemann als Landesverrat beschimpfte. Aber die Presse war gut. Selbst die Deutsche Zeitung schwankte ein. Eine rühmliche Ausnahme machte nur Herr Hulsom im Berliner Lokal-Anzeiger, der meinte, der Minister wäre noch schimpflich, glimpflich bei seiner Bankrotterklärung davonkommen. Das hat persönliche Ursachen und mit Politik nichts zu tun. Aber es ist immerhin beachtenswert, welchen Mut von Ueberzeugung deutschnationaler Blätter gegen ihre eigene Regierung aufbringen, wenn man sie zuvor nicht genügend gehört hat.

Der Fall Daudet wurde herzlich belacht. Nicht ganz mit Recht, obwohl die Situation selbst urkomisch war und Stoff zu einer Komödie hergeben würde. Der Romanistführer wurde aus dem Gefängnis befreit, weil seine Freunde mit einem alten Artz gearbeitet haben. Der Gefängnisdirektor wurde im Namen des Ministers angefaßt und erhielt Befehl, den Däffling meist einem Gefängnisgenossen und einem Kommunisten freizulassen. Eine Nachfrage wurde entsprechend beantwortet. Nur wußte der unglückliche Barzart nichts davon. Er lebte still und harmlos wie Tell im vierten Akt. Das Ganze war eine Mystifikation. Leon Daudet, der Sohn des Tartarindichters und selbst ein Südd Tartarier, erweist sich jedenfalls seiner Freiheit. Wo ließ sich trotz aller amtlichen Nachforschungen nicht ermitteln. Eine Interpellation in der Kammer bog das Kabinett mit der Vertrauensfrage ab. Doch das ist nicht das Wesentliche. Wir hatten ja auch unseren Hauptmann von Köpenick, den Schuster Wagt, der sich nur in Uniform zu finden brauchte, und eine Korporalschaft gegen das Rathaus in Bewegung zu setzen und den Bürgermeister zu verhaften. Die Ursachen liegen tiefer und rühren an die Tragik. Zwischen Paris und Berlin, zwischen London und Rom ist dabei kein Unterschied. Der Bürokratismus ist überall der gleiche. Ein Zettel mit amtlichem Siegel öffnet die Türen. Auf den Inhalt kommt es nicht an. Der Name des Ministers erschüttert den Beamten, auch wenn ihn nur ein Spafsgespräch auspricht. Der alte Obrigkeitstaat steht den Völkern eben in den Knochen. Die große Aufgabe der Gegenwart ist die Erziehung der Nationen zu innerer Freiheit. Daran fehlt es noch. Erst wenn wir bei aller Achtung vor der Behörde zu selbständigen Denken ermahnt sein werden, werden die Fälle wie der Daudets und des Hauptmanns von Köpenick keinen tragischen Gehalt mehr haben.

Die Seeadministrationskonferenz in Genf steht vor einer Krise. Herr Coaldige berief sie, um die großen Ausgaben für die Marine herabzusetzen. Frankreich und Italien blieben abweisend, aber würden sich füger müssen, wenn eine Einigung gelänge. Doch die Gefahr ist nicht groß. Der Kampf um die einzelnen Schiffsklassen ist von untergeordneter Bedeutung. Es geht um mehr. Zwischen Japan und England vollzieht sich eine Annäherung auf breiter Grundlage, deren Spitze gegen die Vereinigten Staaten nicht zu verkennen ist. Aus China will man die Amerikaner herausdrängen, um gemeinsam die Beute zu teilen. Deshalb ist man in Tokio plötzlich mit dem Vorschau der Flottenbasis von Singapur einverstanden, gegen die man bisher Einspruch erhob. Das ist die Gegengabe an London. Aber die Flottenbasis von Singapur will man nicht dulden, denn sie ist amerikanisches Werk. In Washington zieht man sich auf die Dollars zurück. Eine gewaltige Flottenkonferenz ist angekündigt. Sie soll in Washington, Trieben in der neuen Welt hat man den längeren Atem und durch das Ergebnis der Seeadministrationskonferenz eine Verstärkung der Seemilitär.

Richard Ma.

## Der Einheitsstaat als mitteldeutsche Notwendigkeit.

In der Nachkriegszeit ist es beinahe zur Mode geworden, das für eine oder andere Landesteil für eine besondere bei ihm existierende Notlage die Hilfe des Reichs oder der Länder beansprucht. Der von allen gebilligten Aufstellung eines Sofortprogramms für den Osten folgten die Anordnungen entsprechend herbeizuführen für den Westen. Den Deutschnationalen blieb es vorbehalten, mit ihrem Wiederfahrungsprogramm für die Provinz Hannover eine solche Hilfe der Agitation zu erreichen, daß der Hauptausfluß überhaupt nicht in eine Einzelberatung des von ihnen eingebrachten Gesetzentwurfes eintrat, sondern ihm mit den Stimmen der Antragsteller selbst und unter dem Geleite der anderen Parteien, dem sich auch die Regierung nicht entziehen konnte, ein feierliches Begründungserklärer Klasse bereitete. In der Provinz Sachsen ist in ihrer gegenwärtigen Umstellung von der Landwirtschaft auf Industrie auch nicht immer leichte Zeiten durchlebt und in der der Zusammenballung der riesigen Arbeitermassen der Großindustrie im Braunschweiggebiet Merseburg immer neue Aufgaben bringt, ist man nie auf den Gedanken gekommen, die schwierige Lage des heutigen Staates durch Betonen der eigenen Schwächen nicht zu erschweren; selbst die jährlich wiederkehrenden Hochwasserständen haben nicht zu unerwünschten Entschädigungsforderungen an den Staat geführt. Umso mehr ist auf dem sächsischen Provinziallandtag zu hören, wenn auch er von unerträglichen Zuständen in seiner Provinz spricht und eine Abhilfe dringend verlangt. Und zwar fordert er eine Sache, die nichts kostet, die aber unerlässlich für die Wirtschaft seines Gebietes ist und die einmütige Zustimmung aller Parteien im Provinziallandtag gefunden hat: die Befreiung der innerstaatlichen Schranken des Mitteldeutschen Wirtschaftsbezirks.

Die Thüringischen Staaten haben sich nach dem Krieg zur Bildung Großpreußens entschlossen. Aber damit ist die Not der beinahe sieben Millionen Menschen in Mitteldeutschland noch nicht behoben; immer noch wohnen sie in einem in unangenehmster Weise gestörten Gebiet. Weder ist Großhirschheim ein mit Verwaltung überlastetes Gebiet, weder ist Großhirschheim fertig, solange ihm eine Hauptstadt wie Erfurt fehlt, noch ist die Provinz Sachsen von den Schlagbäumen befreit, die ihre Entwicklung zwischen Halle und Magdeburg genau so hemmen wie zwischen Magdeburg und Erfurt oder Erfurt und Halle. Man fährt auf den Straßen der Provinz; plötzlich endet jede Pflasterung, um 200 Mtr. jenseits wieder zu beginnen; man steht oben vor der Einlage eines anderen „Staates“, der keine Luft hat, gerade dieses Stück zu pflastern, es aber auch nicht der Provinz dafür frei gibt. Man setzt sich in die Erfurt-Gotha Eisenbahn, am erst an der preussischen Grenze im Dorf Nohleben zu erfahren, daß man sich im anderen Staat über die Durchführung der Bahn noch nicht einig ist. Ueber die Automobilüberwindung Mühlhauhen-Eisenach verhandeln die beiden Landesregierungen noch immer, und die Automobilsollen so lange. Die Reichsbahn macht es nicht besser; die wichtige Verbindungsstraße Merseburg-Leipzig, seit unvorbereitete Zeit die meist benutzte Durchgangsstraße der Gegend, endet im Dorf Jöfchen an der Grenze, und über die Fortführung aus aus diesen Gründen erst jetzt projektierten Eisenbahnstrecke verhandeln die Reichsbahn, der Kreisbauplatz Leipzig, der Landesbauplatz in Merseburg, der Amtshauptmann, der Regierungspräsident, der Landrat, während wir armen Zivilmilitären bereits anfangen, über den Ocean zu fliegen.

Nach schlimmer ist es bei den Flüssen. Der eine Staat reguliert den Oberlauf, beim Unterlauf hält es der andere nicht für nötig; die Folgen sind jährliche Hochwasser. Im Elbtaumittel kommen jährlich rund 36 000 Hektar in die Gefahr einer Ueberflutung, ohne daß man über die Landesgrenzen hinweg eine einheitliche Deichgenossenschaft bilden könnte. Die Saaletalesperre, die Harzer Bodelschleppe, die eine für die Elektrizitätsversorgung, die andere für die Landeskultur der Provinz unerlässlich, kommen nicht zustande, weil die Landesgrenzen ein einheitliches Handeln unmöglich machen. Ester und Luppe dürfen mit Schlammfängen das ganze Gebiet versetzen, Saale und Elbe dürfen veralzen; es ist unmöglich, bei den nach Landesgrenzen verchiedenen Wasserrechten die Abwässerfrage zu entscheiden. Ganz selbstverständlich machen sich diese Schwierigkeiten genau so auf dem Gebiet der Elektrizitätsversorgung geltend, jeder Staat hat kein eigenes Elektrizitätsrecht auf. Die schönsten Blüten zeitigt aber immer noch die Verwaltung. Die 200 Seelen des Dorfes Blüthenort brauchen zwei Gemeindevorsteher, zwei Gemeindevorstellungen, zwei Nachzügler; die hundert nach Thüringen gefallenen Einwohner gehen 5 Kilometer zu ihrem Landrat nach Schleiß, die Frauen 45 Kilometer nach Kanis. Es gibt Bäder, die ihren Teig in Thüringen kneten und in Preußen backen, und deren Gewerbesteuer diplomatischer Briefwechsel bedarf, da sie zwei Steuerterren und zwei Handbestämmen untersteht. Es gibt sogar Kühe, bei deren Krankheit sich der Besitzer erst überlegen muß, ob dafür der preussische oder der braunschweigische Kreisarzt zuständig ist; denn die Kühe freilen in Preußen und tun das andere im Braunschweigischen Ausland, ohne den Stall dabei zu verlassen, und danach geht die Zuständigkeit. Auch der allerärmste Arbeitnehmer bekommt die Kleinststaatserei hart zu spüren, wenn ihm in Zeiten sinkender Arbeitsgelegenheit eröffnet wird, daß er als „Ausländer“ den Staat zu nehmen hat, um das Dorf zu verlassen, in das er eingetretet hat. Und ganz selbstverständlich prüft jeder Staat nach, ob die Firma, die ein Angebot macht, mit ihrem Saum nun auf sächsischem oder preussischem Boden steht. Am stärksten treten all diese Mängel in Erscheinung, wenn die schwierige Aufgabe der Unterbringung der jeden Tag neu zuströmenden Arbeitermassen in Weina und Umgebung geregelt werden soll.

Es ist schon fast die allgemeine Ueberzeugung aller in der mitteldeutschen Wirtschaft Tätigen geworden, daß eine vollständige Abhilfe nur in dem Eintritt der Länder Thüringen, Anhalt und Braunschweig in den preussischen Staatverband gegeben wird. Man war sich aber auch auf dem sächsischen Provinziallandtag klar, daß Deutschland das Land der langsam reisenden politischen Entscheidungen ist, und beschränkte seine Forderungen darauf, daß die Länder durch Staatsverträge sich verpflichten, bei Vergabung öffentlicher Arbeiten und bei Einstellung von Kräften aller Art die Einheitspolitik des Gebietes anzuwenden und niemand dabei schlechter zu behandeln als die eigenen Staatsangehörigen und eine ähnliche Verpflichtung ihren Gemeinden aufzulegen, daß durch Staatsverträge Rechtsgleichheit im Wirtschaftsrecht und im Verkehr herbeigeführt wird, und daß die Verwaltung möglichst nach einheitlichen Grundgedanken erfolgt, und „nach Möglichkeit in mit wirtschaftlichen Grundgedanken verträglichen Verwaltungsbezirken“; man hofft also auf einen großräumigen Einfluß der Länder, sich gegenseitig bei der Verwaltung ihrer Enklaven zu betrauen. Man darf immer wieder darauf hinweisen, daß die Anregung zu diesen Beschlüssen des Provinziallandtags aus den Kreisen der Wirtschaft und nur der Wirtschaft gekommen ist, die aber alle Kreise vom Arbeiter zum Arbeitnehmer umfaßt, daß es aber auch die einmütige Ueberzeugung aller am politischen Leben des Gebietes Beteiligten war, daß die Zustände von heute ohne Schädigung des gesamten Gebietes nicht mehr tragbar sind.

Dr. Bohner, M. d. L.

## Ein Schulbeispiel deutschnationaler Agitation.

Von Oberstudienrat Dr. Bohner, M. d. L.  
Im Hauptausfluß des Preussischen Landtags wurde am 22. Juni das sogenannte Wiederfahrungsprogramm, d. h. der deutschnationale Antrag auf ein besonderes Gesetz für Hannover behandelt. Den Antrag begründete der deutschnationale Abg. Jaeger aus Celle. Er wies auf die durch die Kriegswirungen bedingten ähnlichen Programme für den Osten und Westen. Für die Provinz Hannover ergebe sich eine staatspolitische Notwendigkeit, da diese Bevölkerung innerlich für Preußen gewonnen werden müsse. Er verlas dann wohl eine Stunde lang einen Bericht als Erläuterung, in dem jede Einzelheit herangezogen war, die sich überhaupt nur aufreihen ließe. Als sein Sprecher erklärte Herr Braun an das Zentrum, daß man sich den ganzen langwierigen Vortrag hätte sparen können, daß eine Befreiung sich nicht lohnte und daß der ganze Antrag einfach der Regierung als Material zu überweisen sei. Herr Abg. Bohner für die Sozialdemokratie erklärte, der abgelesene Vortrag sei so schön, daß er als druckreif bezeichnet werden müsse. Vermutlich sei er auch schon gesagt. Wenn er aber in einer Prosaform der wiederbelebten Forderung beigelegt werden sollte, so war er dringend, und dieser Broschüre 31 000 Exemplare drucken zu lassen, denn es werde dann mit der Broschüre ebenso wenig wie mit den Beilagen, die die Geschäftsleute für die angehenden 31 000 Abonnenten der Niederdeutschen Zeitung brauchen. Die Zeitung habe nur 15 000 Beizler, so daß immer 16 000 Exemplare eingestampft werden müßten. Die Begründung, daß die Niederdeutschen den wertvollsten Teil der preussischen Bevölkerung darstellten, nehme er dankbar von den Deutschnationalen an, denn Wiederfahrungs wählige zu 37 Prozent sozialdemokratisch. Bewundernswürdig sei der Preis, mit dem in dem Programm für jeden einzelnen deutschnationalen Abgeordneten in Hannover

vergejagt sei. Jeder besomme eine Eisenbahnhaltestelle vor seine Tür. Die Note, die für Hannover beschauprepariert werden, könnten doch von jeder anderen Provinz hauptiert werden. Man könne also höchstens von der Preussischen Regierung ein Preußenprogramm verlangen. „Ausdruck“, niedere Agitation“ wiesen die Deutschnationalen zurück. Er bestätigte ihnen, daß sie mit ihrem Antrag die höchste Agitation für ihre schwindende Parteienzahl erreicht hätten. Der Antrag sei so wertvoll, daß er und dingt für jeden der 24 Artikel einzeln beraten werden müsse. Er beantrage die Vertagung, um die wichtigsten Arbeiten erledigen zu können. Herr von Mangen bei als weislicher Vertreter damit im Namen des Land Hannover den Deutschnationalen, die nun in Art. ihres Antrages die Unterschrift darunter gegeben hätte daß die konservative preussische Regierung zwischen 18 und 1914 die Provinz Hannover hinter den übrigen preussischen Provinzen vernachlässigt habe und sich nicht die Sympathien der Hannoveraner habe erwerben können. Auch er sei für die gründliche Beratung. Der demokratische Abg. Barteld schlug für diese Beratung die Monate Juli und August, also die Landtagsferien, vor. Die deutschnationalen Antragsteller schwiegen sich beharrlich aus. Das Zentrum ergänzte dann seinen Antrag dahin, der deutschnationale Antrag solle vom Landtag in der Form angenommen werden, die Staatsregierung zu suchen, nachzuprüfen, ob überhaupt eine besondere Beratung der Provinz Hannover bestehe. Obwohl die Behauptung des deutschnationalen Antrages als ein Begründung erster Klasse angesehen werden muß, waren die Deutschnationalen dankbar, daß man ihnen überhaupt die Brille baute. Von sozialdemokratischer und demokratischer Seite wurde aber trotzdem die Einzelberatung verlangt. Der demokratische Abg. Bohner führte aus, man könne doch nicht annehmen, daß die Deutschnationalen ein Gesetz für die Hoffände in der Provinz Hannover beantragen würden, ohne vorher genau zu prüfen, ob Hoffände vorhanden seien. Er müsse also auf der Beratung beharren, die selbstverständlich nur im Juli und August zu tagen, und zwar solange er als Tagungsort die schöne Stadt Quedlinburg wähle. Mit den Stimmen der Deutschnationalen, der Volkspartei, des Zentrums und der Kommunisten wurde dann beschlossen, den Antrag in der oben geschilderten Weise zu erledigen, indem die Regierung gebeten wird, sich zu entscheiden, ob überhaupt eine besondere Notlage in der Provinz Hannover besteht.

Es ist ein unerhörter Vorgang, daß eine große Fraktion aus offensichtlichen Agitationsgründen ein Gesetz beantragt, dessen Unterlegen so zweifelhaft sind, daß sie überhaupt erst der Regierung bitten müßten, den Antrag erst der Dinge festzustellen. Noch bedauerlicher ist die Unfähigkeit, mit der die heutigen Deutschnationalen ihre eigene Vergangenheit und die Regierungsmisstände ihrer liberalen Freunde aus der Vorzeitigkeit bloßstellen. Wenn dieser nun gefallene Antrag das eine gute hat, die Agitation der Deutschnationalen in Hannover auch in den, der sie bisher nicht durchschaute, zu entlarven, so ist er wenigstens ein Verdienst. Wie man hört, hatten in neun Männer zusammenkommen müssen, um den umfangreichen Antrag zu formulieren. Er trägt aber ausdrücklich die Unterschrift der gesamten deutschnationalen Fraktion. Richter ist über Preußen schon lange nicht geurteilt worden, als in Art. 2 des deutschnationalen Antrages, 2 verlangte, daß die in anderen preussischen Provinzen getroffenen Maßnahmen usw. gleichmäßig auch in Hannover durchgeführt werden.

## Steuerfragen des Mittelstandes

### Die Sätze des Reichsrahmengesetzes.

Von Bäckermeister Carl Hourz, Bochum, Mitglied des Preussischen Landtages.

Von großer Tragweite für die Wirtschaft ist die Gewerbesteuer. Über den kleineren und mittleren Gewerbetreibenden helfen wollte, die steuerliche Ueberlastung der Jahre 1925 bis im Jahre 1927 zu vermindern, hatte Gelegenheit, bei der Neuregelung der Gewerbesteuer für 1927 durchführbare Vorschläge zu machen. Der eigentliche parlamentarische Kampf um die Erleichterung der Gewerbesteuer in Preußen begann mit dem demokratischen Antrag vom 9. November 1926, der folgenden Wortlaut hatte:

„Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, in der Gewerbesteuerordnung für 1927 vorzusehen, und

1. Miet- und Pachtzins nicht zu dem Gewerbesteuerertrag hinzuzurechnen wird,
2. die Doppelbesteuerung des gewerblichen Grundbesitzes durch Gewerbe- und Grundrentensteuer wegfällt, und
3. mit Rücksicht auf die derzeitige Notlage des gewerblichen Mittelstandes für gewerbesteuerpflichtige Einzelpersonen, die mit nicht mehr als 3600 M. zur Reichseinkommensteuer veranlagt sind, die Gewerbesteuerertragsteuer einen im Gesetz zu bestimmenden niedrigen Hundertsatz der Reichseinkommensteuer nicht überlegen darf.“

Fürzig, wie die Volkspartei nun einmal ist, verlangt sie am anderen Tage in einem Antrag folgendes: „Insbesondere ist die Gewerbesteuer auf Antrag mindestens insofern zu erlassen, als sie 80 v. H. der Einkommensteuer übersteigt, welche der oder die Geschäftsinhaber (Gesellschafter) des gewerbesteuerpflichtigen Betriebes nach der jeweils letzten Veranlagung zur Reichseinkommensteuer zu leisten haben.“

Damit wollte die Volkspartei eine „einseitige“ Entlastung des kleinen Gewerbetreibenden verhindern, wenn

nicht gleichzeitig die Grundrente bei der Ertragssteuer in gleicher Weise entlastet würde. Nun ist doch in all Welt bekannt, daß bei der Gewerbesteuer die Grundrente, insofern der hohen Rückstellungen und Abschreibungen in ihren Bilanzen, nur unvollkommen erfaßt wird.

Aber auch den Deutschnationalen behagte die im mittelständische Tendenz des demokratischen Antrages nicht. Mit großer Zähigkeit kämpften sie Schulter an Schulter mit der Deutschen Volkspartei für die Abgabe derjenigen Schuldensätze, die der Veräußerung des Betriebskapitals (Obligationen usw.) dienen. Die Demokraten hielten diese Forderung an sich für völlig richtig, aber vorläufig nicht für durchführbar, weil die Gesamtsummen der Gewerbesteuer nur um 50 bis 60 Millionen gekürzt werden dürfte, falls die Gemeinden in alle beabsichtigten Erleichterungen für den Mittelstand durch hohe Zuschläge illusorisch zu machen gezwungen füllten. Die Entwicklung im Finanzwesen der Gemeinde hat diese mittelständische Tendenz der Steuerpolitik der Demokraten völlig gerechtfertigt.

Hatten die Anträge der Deutschnationalen u. der Volkspartei ein gewolltes Ziel, so ist von dem Antrag der Wirtschaftspartei derartiges nicht zu sagen. Die Spitzenstellung steuerpolitischer Majorität war der Antrag der Wirtschaftspartei im Hauptausfluß des Preussischen Landtags am 22. Dezember 1926, der nicht mehr und in weniger verlangte, als daß die Gewerbesteuersteuer unter die die weitaus größte Masse der Mittelstandsbetriebe nicht mehr fällt, stark ermäßigt werde. Hier der Wortlaut:

Antrag Nr. 3 (Müller-Franke).

Zu Artikel 4 § 12 Abs. 1:

1. Für das Rechnungsjahr 1926 statt  $\frac{1}{2}$  v. Tausend  $\frac{1}{10}$  v. Tausend,
2. für das Rechnungsjahr 1926 statt  $\frac{1}{2}$  v. Tausend  $\frac{1}{10}$  v. Tausend.



Beginn 1. Juli

# DAS GROSSE PREIS-RÄTSEL

Ganz Magdeburg zerbricht sich den Kopf,  
wie es möglich ist, Qualitätswaren  
zu derart niedrigen Preisen  
zu verkaufen!

SAISON-

AUSVERKAUF

<b>Kinder-/Jüdwesten</b> in Waschstoff und Filzstuch . . . . .	Jetzt 45 Pt.	<b>Waschmusseline</b> Imitation . . . . .	Jetzt Meter 28 Pt.	<b>Damenstrümpfe</b> Baumwolle mit doppelten Spitzen und Fersen, schwarz und farbig . . . . .	Jetzt Paar 28 Pt.
<b>Garnierte Strohhüte</b> für Kinder . . . . .	Jetzt 195	<b>Waschmusseline</b> verschied. Muster . . . . .	Jetzt Meter 48 Pt. 85 Pt.	<b>Damenstrümpfe</b> Baumwolle m. Doppelsohl., Hochfalten, schwarz und farbig . . . . .	Jetzt Paar 45 Pt.
<b>Sportmützen und -Hüte</b> für Damen . . . . .	Jetzt 95 Pt.	<b>Krepplin</b> ca. 100 cm breit Jetzt Meter . . . . .	48 Pt.	<b>Damenstrümpfe</b> Seidenfärb mit Naht, Doppelsohlen, schwarz u. moderne Farben Jetzt Paar 1.20	85 Pt.
<b>Basenmütze</b> 125 Flansch II. Wahl . . . . .	Jetzt 75 Pt.	<b>Dirndl-Zephir</b> karfort . . . . .	Jetzt Meter 48 Pt.	<b>Damenstrümpfe</b> Seidenfärb, feines klares Gewebe, II. Wahl, farbig . . . . .	Jetzt Paar 95 Pt.
<b>Entzückende Reishüte</b> für Damen . . . . .	Jetzt 165	<b>Voile</b> ca. 100 cm breit, verschiedene Muster . . . . .	Jetzt Meter 1.25 1.10	<b>Damenstrümpfe</b> Mako, mit Naht, Doppelsohlen, Hochfalten, farbig . . . . .	Jetzt Paar 95 Pt.
<b>Hutformen</b> ungarniert . . . . .	Jetzt 3.75 2.95 1.95	<b>Wollmusseline</b> in verschied. Mustern . . . . .	Jetzt Meter 1.95 1.50	<b>Damenstrümpfe</b> Kunstseide, m. Naht, feiner Qualität, schwarz und farbig . . . . .	Jetzt Paar 1.10
<b>Damenhüte</b> mit Blumen oder Rand garniert . . . . .	Jetzt 2.75 2.95 2.25	<b>Voile-Bordüren</b> 130 cm breit Jetzt Meter 2.95	1.50	<b>Damenstrümpfe</b> Kunstseide, einfarbig, gut verärrat . . . . .	Jetzt Paar 1.10
<b>Herren-/Jrohüte</b> zur Hälfte des Preises ernährt	Jetzt 950	<b>Trickstoffe</b> Imitation . . . . .	Jetzt Meter 75 Pt.	<b>Herren-Socken</b> Baumwolle, gut verärrat . . . . .	Jetzt Paar 35 Pt.
<b>1 Post. Damen-Mäntel</b> aus praktischen Stoffen . . . . .	Jetzt 1550	<b>Kleider-/Schotten</b> buntfarbig . . . . .	Jetzt Meter 85 Pt.	<b>Herren-Socken</b> moderne Karomuster Jetzt Paar 1.10	85 Pt.
<b>1 Posten Sommer-Mäntel</b> aus reinwollenen Ripps, sowie impragnierten Stoffen . . . . .	Jetzt 1950	<b>Crépe Marocaine</b> ca. 100cm breit, karfort, falls mit kunstseidenerm Durch- muster . . . . .	Jetzt Meter 1.25	<b>Damen-/Schlüpfer</b> Baumwolle makofarbig . . . . .	Jetzt 85 Pt.
<b>1 Posten Damen-Mäntel</b> aus reinwoll. Stoffen, sowie Ganz- seide (Kamms), ganz getütert Jetzt 4	1950	<b>Crépe Marocaine</b> reine Wolle, reisende Bandstrickmuster . . . . .	Jetzt Meter 1.95	<b>Herren-Hosen</b> makofarbig, mit doppelter Brust . . . . .	Jetzt 2.45
<b>1 Posten elegante Mäntel</b> aus reinwollenen Stoffen, sowie Ganz- seide (Kamms), ganz getütert Jetzt 4	2950	<b>Kostüm- und Mantelstoffe</b> 140 cm breit . . . . .	Jetzt Meter 1.95	<b>Herren-Hemden</b> makofarbig, mit doppelter Brust . . . . .	Jetzt 2.45
<b>1 Posten Frauen-Mäntel</b> aus reinwollenen Stoffen, sowie Ganz- seide (Kamms), ganz getütert Jetzt 4	3450	<b>Wäscheide</b> (Kunstseide) aus Wollm. Meter Jetzt 1.25 95 Pt. 75 Pt.	88 Pt.	<b>Kinder-Hemdchen</b> gewebt, weiß, ohne Arma . . . . .	Jetzt 1.45
<b>1 Posten eleg. Seiden-Mäntel</b> hochwertige Modelle . . . . .	4950	<b>Bastseide</b> (Kunstseide) Meter Jetzt 1.25	88 Pt.	<b>Damen-Hemdchen</b> gewebt, weiß und rosa, Windvorfall . . . . .	Jetzt 1.25
<b>1 Posten eleg. Modell-Mäntel</b> sonst bis 90.00 75.00 60.00	4500	<b>Waschsamt</b> in vielen Farben . . . . .	Jetzt Meter 1.75	<b>Damen-/Schlüpfer</b> Kunstseide, einfarbig, gestreift od. Karo Jetzt 3.95	295
<b>1 Posten Damenkleider</b> zum Aussehen . . . . .	Jetzt 95 Pt.	<b>Rohseide</b> reine Seide Meter Jetzt 2.75 2.25	175	<b>Herrenbinder</b> Kunstseide, moderne Muster . . . . .	Jetzt 75 Pt.
<b>1 Posten Sommerkleider</b> aus Waschseide . . . . .	Jetzt 290	<b>Wäscheide</b> reine Seide, weiß, 85 cm breit . . . . .	Jetzt Meter 2.75	<b>Hosenträger</b> gummi, mit Lederpatte . . . . .	Jetzt 95 Pt.
<b>1 Posten Waschkleider</b> aus gemusterten Wäschestoffen Jetzt	490	<b>Helvetia</b> große Farben- auswahl . . . . .	Jetzt Meter 2.85	<b>Untergarnituren</b> feinfarbig (Jacke und Hose) . . . . .	Jetzt 5.50
<b>1 Posten Bordürenkleider</b> aus Voile/Voile, mit lang. Ärm. Jetzt	690	<b>Rohseide</b> bedruckt, neue Dessins Jetzt Meter 2.90 3.50	295	<b>Quadrate</b> Kreuzstich, gezeichnet . . . . .	Jetzt 25 Pt.
<b>1 Posten Seidenkleider</b> aus Voile/Voile, mod. Must., Jetzt 10.50	1550	<b>Mantelseide</b> gemustert, schwarz . . . . .	Jetzt Meter 5.90 4.75	<b>Mitteldecken</b> Kreuz- u. Spann- stich, gezeichnet . . . . .	Jetzt 85 Pt.
<b>1 Post. Bastseidenkleider</b> aus Voile/Voile, mit lang. Ärm. Jetzt	1850	<b>Crépe de Chine</b> reine Seide Jetzt Meter 6.40 6.50.	520	<b>Kissen</b> mit Rockwand, Fantasie- u. Lochzeichnungen . . . . .	Jetzt 95 Pt.
<b>1 Post. Seidenkleider</b> z. T. Mod. Jetzt 90.00 60.00 45.00	2500	<b>Crépe Georgette</b> reine Seide Jetzt Meter 9.85 7.50	675	<b>Lackgürtel</b> weiß, schwarz und farbig . . . . .	Jetzt 18 Pt.
<b>1 Post. Modellwollkleider</b> sonst bis 120.00 50.00 40.00	3000	<b>Taffetschotten</b> ca. 85 cm breit reine Seide . . . . .	Jetzt Meter 8.75 7.50	<b>Weißer Ledergürtel</b> mit Hornechale . . . . .	Jetzt 75 Pt.
<b>1 Posten Kostüme</b> Shetland, Jacke ganz getütert Jetzt	1250	<b>Taffetschotten</b> mit Kunstseide . . . . .	Jetzt Meter 5.75	<b>Besuchs-Taschen</b> echt Rindleder, in farbig . . . . .	Jetzt 195
<b>1 Post. Compoé-Kostüme</b> Jacke aus schwarzem Ripps, mit schwarz-weißem Rock . . . . .	1950	<b>Rohseide</b> reine Seide, moderne Farben, ca. 80 cm breit Jetzt Meter	245	<b>Beutel-Taschen</b> echt Wildleder, in farbig . . . . .	Jetzt 395
<b>1 Post. Sommer-Kostüme</b> Jacke einfarbig auf Crepe de Chine, mit karierten Rock . . . . .	2450	<b>Atlastrikot</b> gestreift, 140 cm breit . . . . .	Jetzt Meter 395	<b>Wäsche-/Tüchereien</b> Stück 4.80 Meter Jetzt für 38 Pt. u.	28 Pt.
<b>1 Post. Herrenstoff-Kostüme</b> solide Qualität, z.T. Sportform Jetzt	3950	<b>Händtücher</b> weiß mit Karo, gek. u. geb. . . . .	Jetzt Meter 35 Pt.	<b>Wäsche-/Tüchereien</b> Stück 3.05 Meter Jetzt für 75 Pt. u.	58 Pt.
<b>4 Posten Voll-Voile-Blusen</b> mit langen und kurzen Ärmeln Jetzt 5.90 3.90 2.90	190	<b>Hemdteuche</b> für alle Wäsche- zwecke Meter Jetzt 68 Pt. 48 Pt.	38 Pt.	<b>Klöppelspitzen</b> Stück 4/4 Meter Jetzt für 60 Pt. u.	35 Pt.
<b>3 Posten Morgenröcke</b> a. Flausch-Blous-limit Jetzt 5.90 3.90	290	<b>Beitkatune</b> Blumenmuster - Jetzt Meter 55 Pt.	48 Pt.	<b>Madapolam-/Tüchereien</b> Jetzt Stück 2.95 2.45 1.50	95 Pt.
<b>4 Posten Woll-Kleider</b> reinwoll. Stoffe zum Aussehen Jetzt 25.00 20.00 15.00	1000	<b>Linon</b> für Bettbezüge, Deckbettbreite . . . . .	Jetzt Meter 1.25	<b>Wäsche-/Tüchereien</b> Gitter-Muster, Stück 4.80 Meter Jetzt	175
		<b>Linon</b> Kissenbreite Jetzt Meter 75 Pt.	62 Pt.		
		<b>Schürzenstoffe</b> gestreift, ca. 110 cm breit . . . . .	Jetzt Meter 88 Pt.		
		<b>Rolltücher</b> grün gestreift, mit Kante . . . . .	Jetzt Meter 98 Pt.		
		<b>Halbleinen</b> für Bettbezüge, volle Breite . . . . .	Jetzt Meter 1.95		

## LANGE & MÜNZER

MAGDEBURG BREITENWEG 51-52

## Vertagung, Vertagung!

In den Jahren, als die Männer des neuen Staates die Verantwortung in den Händen hatten, wurden sie von den Konventionen im Lande zuerst behandelt wie Gefangene, doch in Handwerk lernen mußten. Das hat sich bald geändert, denn jeder, der mit wachem Sinn die politische Entscheidung verfolgte, hat sehen müssen, daß die „Neuzeit“ dem verstandenen, dem deutschen Politik eine Reihe von neuen Aufgaben in der Lage waren, deren Fehlen gerade das Risiko der Weltkriegs- und Kriegspolitik ausgemacht hat. In Preußen haben die „Anfänger“ in so kurzer Zeit eine Mission einer geschlossenen Staatspolitik herauszuarbeiten können, die auch den politischen Gegnern Achtung abgab.

Man sieht seit einem halben Jahre wieder die Vertreter des Konfessionsalismus in der Reichsregierung, und heute eine Bilanz ihrer Tätigkeit gezogen werden soll, man kann zu der Auffassung kommen, sie hätten mit der Vertagung ihres Amtes auch ihre alten Pflichten zum Verfall gebracht. Wenn eine Partei so lange in der Opposition gefandelt hat, wie die Deutschnationale Volkspartei, so ist es ihr eigentlich möglich sein, zu beweisen, daß die Zeit der Vertagung für sie eine Zeit der inneren Sammlung gewesen ist, um nun die politische Entwicklung mit frischen Augen ein gut Stück vorwärts zu treiben. Davon kann keine Rede sein. Das Ergebnis der bisherigen Reichspolitik der Deutschnationalen läßt sich zusammenfassen in das eine Wort: Vertagung! Die Reichsregierung hat bisher nicht eine einzige Vorlage herauszubringen verstanden. Zeitweise es man der Auffassung sein, daß sie damit zurückhalte, um aber dem notwendigen Terrain der Verabschiedung durchzuführen, was sie nicht gegen einen umfassenden öffentlichen Kritikerlegen sehen möchte. Aber nicht einmal davon ist die Politik der Reichsregierung, sofern überhaupt das gesprochen werden kann, verstanden im interaktionellen Kampf der Regierungsparteien, der nicht zu durchgreifenden Schritten gelangen kann.

Die Reichsregierung wagt nicht, auch nur für eine der ihr ermittelten Maßnahmen die Verantwortung zu übernehmen. Sie hätte gelohnt, daß das Reichsjustizgesetz auf sich warten lassen würde! Es ist zum Schicksal der politischen Taktik zwischen Zentrum und Deutschnationalen ein Verstoß, den die Regierungspartner durch Zögerung möglichst lange bei der Realisation zu halten. Das notwendige Reichsjustizgesetz für die Realisation her nur um etwas Unvollständiges von einem Referentenentwurf geleitet. Die Justizpolitik entbehrt der klaren Entschiedenheit und läßt es bei Vertagungen. Und fragt man nach der Vertagung der rein politischen Erfordernisse, wie nach dem Gesetz und nach dem Nationalgesetz, dann wird ganz deutlich, daß die Reichsregierung ohne Zivilcourage von einem auf den anderen kommt. Den Vorwärtsschritten schließt immer der Ruf entgegen: Vertagung, Vertagung!

## Die politische Situation in Preußen.

Nach den Vorgängen im Landtag.

aus dem Preussischen Landtag wird dem „Demokratischen Jahrbuch“ geschrieben: Die Deutsche Volkspartei in der letzten Tagung des Preussischen Landtages deutlich machen gegeben, daß es ihr darauf ankomme, durch Opposition der Regierung eine Niederlage herbeizuführen. Unverkennbar wertet die „Nationalistische Korrespondenz“ die Vertagung der Landtagsordnung. Es muß darauf schon gemacht werden, daß aus den Regierungsparteien nämlich von dem demokratischen Abgeordneten Hoff, in Sitzung des Mittelstimmens am 20. Juni die Zurückführung der Vertagung der Landtagsordnung angeregt worden ist, es ist nicht um eine Regierungsfrage handelte, sondern um einen Mittlungsgegenstand, was es verständlich, daß die Regierung, vertreten durch den Abgeordneten Gerold, die Vertagung ablehnte. Die Opposition der Rechtsparteien war in Vertagung eine abschließliche, Unfreundlichkeit gegenüber dem Zentrum und seinem Führer Gerold. Als Opposition stehend, schlug der demokratische Abgeordnete Gerold vor, daß der Abgeordnete Gerold trat namens der Zentrumsfraktion diesem Vorschlag bei. Das Abgeordnetenamt in händigen Ausschuss des Landtages, der der Vertagung beschließen werden soll, ist von Seiten der Regierungsparteien ausdrücklich als falsch bezeichnet worden. Und ebenso falsch sind die dahingehenden Behauptungen der „Nationalistischen Korrespondenz“, falsch ist es auch, daß die preuß. Regierung habe keine Mehrheit im Landtag. Die preussische Regierung hat bei allen Abstimmen über ihre eigenen Vorlagen eine einwandfreie Mehrheit erzielt. In den letzten Tagen ist lediglich die Oppositionsparteien nicht an der Abstimmung beteiligt und infolge der im Sommer regelmäßig stattfindenden Vertagung des Hauses eine Beschlußunfähigkeit entstanden. Würden die Oppositionsparteien im Reichstag verfahren, dann würde auch die jetzige Reichsregierung Schwierigkeiten geraten. Das Verhalten der Deutschen Volkspartei im Preussischen Landtag hat lediglich den Zweck gehabt, die jetzige preussische Regierungskoalition noch zusammenzuschieben.

## Gratulationen.

Der politische Kampf zwischen der SPD. und der wegen der Gewerkegratulationen und der russischen Unterstützung an die deutsche Reichswehr fand vor dem Gericht Neudöbeln sein gerichtliches Nachspiel. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Franz Kühn mit 1. e hatte gegen die verantwortliche Redakteurin des halblitischen Parteiorgans der SPD, des Klassenkampfes, Jemgard Marie Raab, Beleidigungsklage erhoben. Die Angeklagte ist wegen Beleidigung und übler Nachrede mit 150 M. Geldstrafe bestraft. Dem Privatkläger wurde Publikationsbefugnis im Volksblatt und im Klassenkampf in Halle zugesprochen.

## Beamtenfragen.

### Um die Besoldungsreform.

#### Die Demokraten für eine Zwischenlösung.

Der Hauptausschuss des Reichstages legte am Montag die Beratung der von den Demokraten und den Linksparteien eingebrachten Anträge zur Besoldungsreform fort. Nach dem Abgeordneten Steinloff (SPD) ergreift der demokratische Abgeordnete Brodau das Wort. Er wies auf den Ernst der Lage hin, der eine Hinausschiebung der Erhöhung auf die Zeit ab 1. Oktober schlechtdenks nicht mehr gestatte. Ueber die Kumbgebungen der Beamtenpflicht, in denen stänimlich eine Aktion nach vor dem 1. Oktober verlangt wird, könne man sich nicht damit hinwegsetzen, daß man sie, wie am Freitag vor dem Hauptausschuss geschah, als „hysterisch“ bezeichne. Die Kumbgebungen sind aus der Notlage geboren, und wenn die Notlage anerkannt werden muß, so darf man sich nicht darüber entrüsten, wenn die Kumbgebungen sich einmal im Ausdruck vergriffen haben sollten. Wenn die Regierung nimmere bis zu dem Entschluß gekommen ist, die Besoldungsreform ab 1. Oktober in Kraft treten zu lassen, so ist nicht einzusehen, warum sie sich gegen den verhältnismäßig kleinen Schritt einer Zwischenlösung für die Zeit vom 1. Juli bis 1. Oktober sträubt, je es nun, daß man nach dem ersten Eventualantrag der Demokraten eine einmalige Zahlung in Höhe der letzten Weihnachtssaltion gewährt, oder sei es, daß man nach dem zweiten demokratischen Eventualantrag wenigstens am 1. August und 1. September prozentuale Zuschläge auf die Gehälter gibt. Auf die ablehnende Haltung der Landesvertreter darf man sich nicht wüthen. Der Aufmarsch der Landesvertreter am Freitag wirkte wie eine Tragödie, und sei es kein besseres Argument gegen den Partikularismus und für den Einheitsstaat gewesen als die Ausfühungen, die man nun in den Landesvertretern hörte. In der Debatte seien immer wieder Vorwürfe gegen Finanzminister Dr. Reinsch erhoben worden, aber am Freitag hat man von jetzigen Reichsfinanzminister Dr. Köhler gehört, daß schon vor zwei Jahren die Möglichkeit zu der damals schon notwendig gewordenen Besoldungserhöhung im Reich bestanden habe. Dr. Köhler hat ausdrücklich aufrecht erhalten, was er vor zwei Jahren als badischer Finanzminister gesagt hat, daß nämlich Hunderte von Millionen dem Reich für diesen Zweck zur Verfügung gestanden hätten.

#### Förderung des Wohnungsbaus für Beamte.

Der Hauptausschuss des Preussischen Landtages hat einen Antrag der Sozialdemokratischen Partei, des Zentrums und der Demokratischen Partei in folgender Fassung angenommen:

„Das Staatsministerium wird ersucht, im Anleihenwege 18 Millionen Reichsmark bereitzustellen, die als staatliche Arbeitsgeber-Darlehen bei Wohnungsbauten für preussische Staatsbedienstete Verwendung finden sollen.“

#### Das Gesetz über Beamtenheimstättenbau.

Der Beamtenausschuss des Reichstages hat die Beratung des Gesetzesentwurfs über die Vertagung von Beamtenbezügen zum Heimstättenbau beendet. Der Entwurf wurde mit wenigen Änderungen die das Grundgesetzliche nicht berühren, angenommen. Bekämpft wurde das Gesetz nur von den Kommunisten und dem Vertreter der Wirtschaftspartei, von diesen aus der bestimmten Besorgnis heraus, daß durch die Förderung des Heimstättenbaus der Hausbesitz Schaden erleiden könnte. Es ist bei dieser Sachlage damit zu rechnen, daß das Gesetz vom Plenum des Reichstages, das sich schon am Sonnabend damit befassen soll, mit großer Mehrheit angenommen wird.

#### Junglehrer als Gewerbelehrer (Preußen).

Einem Erlaß des Preussischen Kultusministers Dr. Becker vom 10. 6. 1927 zufolge werden Junglehrer zur Aufnahmeprüfung für die Gewerbelehrerausbildung zugelassen, wenn sie sich die erforderliche fachliche Ausbildung angeeignet und die vorgezeichnete praktische Tätigkeit abgeleistet haben. Unter derselben Voraussetzung werden auch Schulausschreiber, die den theoretischen Abschluß in einer amtlich anerkannten Arbeitsgemeinschaft zur Lehrerbildung erlangt haben, zum Eintritt in die Gewerbelehrerausbildung zugelassen.

#### Zuschlagszahlungen ab 1. August.

Im Haushaltsausschuss des Reichstages drachten bei der zweiten Erörterung über die Frage der Erhöhung der Beamtenbesoldung die demokratischen Abg. Dietrich-Baden und Brodau folgenden Eventualantrag ein:

Für den Fall der Ablehnung des Antrags Nr. 3373 und des Antrags Brodau wird beantragt, die Reichsregierung zu ermächtigen, ab 1. August an die Gehaltsgruppen I—IV 12 1/2 Prozent und die höheren Gehaltsgruppen 10 Prozent des jetzigen Gehalts als Zuschlag solange zu zahlen, bis die neue Gehaltsordnung in Kraft tritt.

#### Demokratischer Antrag zur Pachtungsordnung.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat zur zweiten Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Pachtungsordnung am Freitag, den 24. Juni, einen Änderungsantrag Fünneburg, Korell, Dietrich-Baden, Kosh-Weber eingebracht. Mit diesem will sie zu erreichen versuchen, daß auch die Pachtverträge, die in der Zeit vom 1. März 1924 bis 30. September 1925 abgeschlossen worden sind, und die damals auf Grund des Ermächtigungsgesetzes durch eine Notverordnung zum sozialen und wirtschaftlichen Pachtvertrag ausgenommen worden waren, wieder unter die Bestimmungen des geltenden Pachtrechts gestellt werden. Ferner stellte sie die Forderung auf, wenn der Pachtpreis nach Naturalleistungen bemessen ist, auf Antrag eines Teiles die Festlegung der Pacht in Reichsmark stattfinden muß.

## Parteinachrichten

### Eine neue Verleumdungswelle.

#### Angeliches Gutachten Kosh zur Fürstenabfindung.

Unter der Ueberschrift „Einnahmen deutscher Vaterland“ hat vor einigen Wochen das „Bayerische Vaterland“ die Behauptung gebracht, der Vorsitzende der Deutschen Demokratischen Partei, Reichsminister a. D. Kosh, habe neben seiner 19 000 Mark betragenden Pension noch für ein Rechtsgutachten von vier Seiten Umfang, das er kürzlich in der Fürstenabfindungslage dem Staate geliefert, Mark 100 000,— erhalten. Diese Behauptung wird in einem Teil der Kronenpresse, bemerkenswerterweise besonders gern in Zentrumsblättern des süddeutschen Reichs, verbreitet, wobei man übrigens die Zeiten, die sich in der Notiz des „Bayerischen Vaterlandes“ auf Kosh bezogen, wegläßt, Reichsminister a. D. Kosh hat an das „Bayerische Vaterland“ und an sämtliche Zeitungen, die die erfundene Notiz des „Bayerischen Vaterlandes“ gebracht haben, eine Vertichtigung folgenden Wortlautes gerichtet:

In Ihrem Blatte nehmen Sie aus dem „Bayerischen Vaterland“ die Behauptung auf, daß ich für ein Rechtsgutachten von 4 Seiten Umfang, das ich in der Fürstenabfindungslage dem Staate geliefert habe, Mark 100 000,— erhalten habe. Diese Behauptung ist unrichtig.

1. Ich habe in der Fürstenabfindungslage niemals ein Rechtsgutachten erstattet.
2. Ich habe seit meinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst dem Staate überhaupt keine Gutachten erstattet oder sonst eine Tätigkeit gegen Bezahlung für den Staat ausübt.
3. Ich habe noch niemals von irgend jemanem für ein Gutachten einen Betrag von 100 000,— Mark erhalten.

Das „Bayerische Vaterland“ hat sich übrigens nicht bemüht, die Vertichtigung abzudrucken. Es gehört offenbar zum System dieses Blattes, mißliebige Politiker mit erlogenen Behauptungen beleidigender Art zu verfolgen und jenen Leuten Aufführung über dieses System so weit wie möglich fernzuhalten.

#### Redakteur.

pol. und volkswirtschaftl. einget. j. u. g. e. r. e. K. r. a. f. t. f. r. e. i. s. t. g. an größerem Industrieplatz Süddeutschl. 3. Eintr. am 1. Okt. d. J. od. später in engl. Dancersl. gef. Bewerber, der sich nebenbei agitatorisch u. redner. im pol. Kampf eines dem. od. komm. Bezirks eignet, bevorzugt. — Angeb. unt. R. St. 227 an den Demokr. Zeitungsdienst.

#### Wirtschaftspolitiker.

mehrjährige Redakteurpraxis in Deutschland und Brasilien, hoehere dort jurist. gelehrt, umerch. sucht Stellung als Handels- oder politischer Redakteur. — Angeb. an „Dr. B.“, Demokratischer Zeitungsdienst.

#### Tagung des Demokratischen Kirchenausschusses.

Der Kirchenausschuss der Deutschen Demokratischen Partei tritt am 28. Juni in Berlin zu einer Sitzung zusammen, in der Fragen des Schul- und Religionsunterrichts behandelt werden und in der weiterhin die Kontroverstfrage erörtert wird.

## Bezirk Magdeburg.

### Veranstaltungen

#### der Deutschen Demokratischen Partei, Ortsgruppe Magdeburg.

Umland-Bund. Sonntag, den 10. Juli: Fahrt nach Bad-Salzungen zur 20-Jahrfeier. Abfahrt 9.27 Uhr, Treffpunkt 9.10 Uhr Zeitungshof vor dem Hauptbahnhof.

Die Deutsche Demokratische Partei Magdeburg veranstaltet am Donnerstag, den 11. August, eine große nationale Verfassungsfeier, verbunden mit Sommerfest. Die Festrede wird voranschließlich Oberbürgermeister Dr. Luppe-Rüchberg halten. Programme zum Preise von 75 s einschließlich Steuer und Tanz sind in den nächsten Tagen durch die Geschäftsstelle, Breiter Weg 139/140, erhältlich. Wir erlauben hiermit die Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei dringend, schon jetzt für diese Veranstaltung lebhaft Propaganda zu machen.

In einer Veranmlung der Inflation- und Kriegsgeplagten behandelte der Geschäftsführer J. L. a. t. o. w. D. e.

# Streiflichter aus dem Stadtparlament.

## Rechtsparteiler, die lieber einen Sozialdemokraten wählen, statt einen Demokraten — Wenn die Regie nicht klappert: eine Fraktion, die in siebenzehn Gruppen verfallt Ein kindlicher Scherz der Wälfischen.

Magdeburg, 1. Juli.

Die Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag brachte, trotzdem sie so still verlief, doch zwei kleine Sensationellen, die in der weiteren Öffentlichkeit kaum beachtet worden sind. Bei der Wahl eines beiderseitigen Stadtrats verlor der Führer der Fraktion der Rechten eine längere Erklärung, in der er zum Ausdruck brachte, daß die Rechtsparteiler zwar erwarten hätten, daß diesmal einer ihrer Farber gewählt würde; daß man ihnen aber nicht den Gefallen tun wollte, würden sie für den Kandidaten stimmen, den die sozialdemokratische Fraktion präsentiert habe, Dr. Heuer aus Eisen. Stadtv. Semige erklärte weiter, daß die Rechtsparteiler nicht für den von der demokratischen Fraktion aufgestellten Kandidaten in der Vorwahl stimmen wollten, weil es sich nach ihrer Ansicht nur um eine Scheinwahl handelte.

Stadtv. Müller wies diesen gegen die demokratische Fraktion erhobenen Vorwurf sofort auf das erschöpfendste zurück. Dieser durch keinerlei Tatsachen begründete Vorwurf einer unaufrichtigen Politik ist nur auf die Beforgnis zurückzuführen, daß unter den Wählern der Rechtsparteiler Bestimmung über das offizielle Eintreten ihrer Fraktion für einen Kandidaten d. Sozialdemokratie entstehen könnte, obwohl ein bürgerlicher Gegenkandidat aufgestellt war.

Wir wollen gern zugeben, daß der Führer der Rechtsparteiler sich in seiner heideuschwerten Position befindet. Für den rechten Flügel seiner Fraktion, den Deutschnationalen, ist ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie, so ziemlich das Schlimmste, was er sich annehmen kann. Das hat die deutschnationale Gruppe bei verschiedenen Wahlen in den letzten Jahren ganz unüberlegt zu erkennen gegeben. Trotz der zwischen den Fraktionen getroffenen Übereinkommen sind die Deutschnationalen entweder in den erscheinenden Momenten mit den Wälfischen zusammengegangen oder haben weiche Stimmzettel abgegeben. Daß sie ihren Führer durch diese Disziplinlosigkeit dehonorierten, kam ihnen bei ihrer parteipolitischen Verantwortung kaum zum Bewußtsein. Gegenüber der Linken fühlten sich diese Politiker frei von jeder moralischen Bindung. Daraus haben die anderen Gruppen selbstverständlich ihre Konsequenzen gezogen und die Folge war, daß die Rechtsparteiler, da man den geringen Wert von Abmachungen und Zusage bei der wenig homogenen Zusammenziehung ihrer Fraktion erkannte, trotz der relativen Stärke ihrer Fraktion doch fast genau so einflußlos blieben bei wichtigen kommunalpolitischen Entscheidungen wie die Kommunisten oder die Wälfischen. Die Wahrnehmung der Interessen des nicht sozialdemokratisch eingestellten Teiles der Bürgerschaft blieb unter diesen Umständen der demokratischen Fraktion der Stadtverordnetenfraktion, fast ganz allein vorbehalten.

Aus dieser Forderung wollen die Rechtsparteiler heraus, d. h. ihr Führer hat die übliche Wälfisch, sich künftig etwas strenger als bisher an die parlamentarischen Gepflogenheiten zu halten. Wie weit er in Zukunft mit seinem Willen durchdringt, muß bei der notorischen Unzuverlässigkeit der Rechtsparteiler abgewartet werden. Bei

der Stadtratswahl am Donnerstag folgten sie seiner Rolle und wählten den Kandidaten der sozialdemokratischen Fraktion. Für einen Deutschnationalen bedeutet das außerordentliches Glück von Selbstüberwindung. Allerdings so ganz selbstlos war die Wahlhilfe nicht — wie es annehmen den nächsten freisprechenden Posten im Magistrat für einen von anderer Farbe, erklärte ihr Führer, Büffines als unzulässig.

Wie eine Fraktion nicht geführt werden soll, mocht die Rechtsparteiler an einem Schulbeispiel der Verfallung demonstrieren. Es war bei der Beratung der Magistratsvorlage über die Verwendung der im Antiehepgramm für die Fertigstellung des ersten Traktes der neuen Christlichen Klinik in Sennberg vorgeschlagenen Mittel. Der Sprecher der Rechtsparteiler erklärte da in vor fittlicher Entrüstung bebender Stimme, daß sich Fraktion nicht mitmache, da wieder einmal die Verfallung mit einer ungenügend vorbereiteten Vorlage überumpelt werden solle.

Auf den Geschehen der übrigen Versammlungsteile merkte man sich großes Erstaunen. Der Neubau der Christlichen Klinik, der seit nunmehr Jahren die Stadtverordneten beschäftigt und der im Herbst des vergangenen Jahres nach erfolgten Beratungen endlich in Angriff genommen wurde, soll eine Uebererumpelung darstellen dem Moment, da man sich darüber schlüssig werden wollte wie der Baufosten und der Ausstattung der Klinik die Antiehe übernehmen solle? Im Haushalt auszufügen, in dem die Rechtsparteiler doch ebenfalls vertreten sind, und der erst drei Tage vorher die Vorlage des Magistrats einmütig gutgeheißen hatte, hatten sie nicht überumpelt geführt. Vergeblich suchte man diese Arie zu lösen. In diesem Beginnem beteiligten sich die Rechtsparteiler selbst recht lebhaft, um den Beweis zu erbringen, daß in ihrer Fraktion über eine Sache gut und dreizehn Meinungen nebeneinander bestehen können. Stadtv. Dr. Wendel gelang es schließlich, den Sprechen seiner Fraktion zu überzeugen, daß der Regiereschreiber mit dem Magistrat, sondern ihm selbst unterlaufen sei und an der Sache, nur insoweit etwas zu klären sei, die Fraktion sich darüber klar werden müßte, was zu geschehen habe, um die Unklarheit ihres Vorgehens einigermaßen erklärlich erscheinen zu lassen. Der demotaktische Protest wurde etwas kleinlaut zurückgezogen.

Einen mehr als kindlichen Scherz kosteten sich die Wälfischen mit ihrer Anfrage, ob es dem Magistrat betraut sei, daß einer der amerikanischen Flieger, die am 17. d. Monat von der Stadtverwaltung festsitzlich empfangen wurde seine Verbindlichkeiten nicht bezahlen habe, eine in Ausland ausgemindert sei. Was der eigentliche Grund der Anfrage war, konnte man mit dem besten Willen an dem hilflosen Geschnurre des wälfischen Hauptlings nicht erkennen. Die Verfallung hielt es für unter 16 Wälfische, sich mit dem demotaktischen Vorwurf über die wälfische Anfrage zur Tagesordnung über

ganisationsfragen. Der Beitrag wurde in der vorgeschlagenen Höhe einstimmig genehmigt. Des weiteren ging Herr Flawo auf die Vorgänge des alten Verbandes der geschädigten Hausbesitzer ein und bemerkte, daß die Aufhebungen von jener Seite u. richtig sind. Herr Gebser gab Aufklärung über die Verwendung der Hauszinssteuer. Des weiteren sprach noch Herr Tiering über die Aufgaben des Verbandes. Er wies u. a. darauf hin, das Ziel sei, den schwergeschädigten Mittelstand nach jeder Richtung hin zu helfen. Mit schönen Worten, wie es den Deutschnationalen beliebt, sei dem geschädigten Mittelstand nicht gedient. Den Schluß der Versammlung bildete ein sehr interessanter Vortrag des Herrn Gebser über die Politik der vergangenen Jahre, der guten Beifall fand. Der Versammlungsleiter Herr Meindt, wies darauf hin, daß die Organisation nun regelmäßig zusammentritt. Es sollen stets behelfende Vorträge gehalten werden.

### „Städtische Politik.“

Ueber dieses Thema sprach in zwei Versammlungen des Gemeinvereins der Deutschen Metallarbeiter S. D. Alstadt und Budau der demokratische Stadtverordnete Blume. Die letzte Aussage bewies, wozu großes Interesse auch in diesen Ortsgruppen für Kommunalpolitik vorhanden ist. Die Fragen der Erwerbslosigkeit und die große Wohnungsnot und deren Beseitigung standen im Mittelpunkt der Aussprache. Man war sich in beiden Versammlungen darüber einig, daß auch die Stadtverordnetenwahl Aufgabe der politischen Parteien, d. h. nach politischen Grundfragen zu führen seien.

### Warnung von Sparausgaben.

Die städtische Sparkasse zu Magdeburg teilt mit, daß mit Rücksicht auf die in letzter Zeit erscheinende Not in den Tageszeitungen zahlreiche Anträge auf Anrechnung des Goldmarkwertes der ursprünglichen Einlage gestellt worden sind. Zur näheren Erklärung wird darauf hingewiesen, daß sich die Notiz betreffend die Zugrundelegung des Goldmarkwertes der ursprünglichen Einlage ausschließlich auf solche Sparausgaben bezieht, die zum Zwecke der Ertragsanwendung oder im Wege der Erbfolge, der abfindlichen Gütergemeinschaft, oder der sonst im § 3 des Anrechnungsgesetzes vorgesehene Fälle nach dem 1. 1. 1918 von einem Sparbuch unmittelbar auf ein anderes Sparbuch übertragen worden sind.

### Reichsprüfungsstelle für Schmutz und Schund.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ erzählt, wird die in Berlin für Norddeutschland errichtete Reichsprüfungsstelle für Schmutz und Schund am 1. Juli ihre Tätigkeit aufnehmen. Als Leiter dieser Reichsprüfungsstelle ist der Regierungsrat Ad r i a n i bestimmt, der beim Finanzamt in Magdeburg beschäftigt war. Es ist merkwürdig, daß neuerdings der Reichsminister des Innern von Reudell seine Beamten mit Vorliebe aus den Finanzämtern holt. Nachdem erst vor kurzem der deutschnationalen Regierungsrat Müller ins Reichsministerium des Innern berufen worden ist, übernimmt jetzt wiederum ein Regierungsrat aus einem Finanzamt einen Posten in einer kulturpolitischen Stellung. Man kann danach annehmen, daß diese Beamten entweder für den Finanzamt nicht tauglich waren, oder daß die Ernennung aus ganz bestimmten politischen Gründen erfolgt.

Schönebeck. Landtagsabgeordneter Dr. Bohner hat an das preussische Ministerium des Innern das nachfolgende Schreiben gerichtet:

Bei der Beratung der Verstaatlichung der Posten in Schönebeck a. G., Bad Saalehmen und Frohje a. G. hat in der 17. Sitzung des Staatsrates Herr Ministerialrat Badmann als Vertreter des Staatsministeriums ausgeführt:

„Die Städte Schönebeck, Saalehmen und Frohje sind deshalb in den Postbesitz Magdeburg einbezogen worden weil sie eine wirtschaftliche Einheit mit Magdeburg bilden.“

In den Beamtenkreisen der drei Städte empfindet man die Einfügung im Ortsaufweisungsplan und den Abstand gegen Magdeburg seit Jahren als unangelegentlich, insbesondere die Aufschlingung Schönebecks von Badmann. Darf man nach den Ausführungen des Herrn Ministerialvertreters annehmen, daß bei einer kommenden Neuregelung das Staatsministerium beim Reich sich für die Behebung der Ungerechtigkeit mit Nachdruck einsetzen wird? — Im Interesse der Beamten wäre es nur zu begrüßen, wenn das Schreiben des Abgeordneten Dr. Bohner Erfolg hätte.

Ballenstedt. Die Deutsche Demokratische Partei in Ballenstedt hielt am Sonnabend, den 25. Juni in Melisbad einen Kreisparteitag ab, der sehr stark besucht war. Die Leitung lag in Händen von Herrn Musikdirektor Herrmann-Harzerode. Nach Erledigung der Organisationsfragen sprach Landtagsabg. Dr. Mathias-Bernburg über die politische Lage. Nach einer längeren Darstellung über die Arbeiten der Partei im Anhaltischen Landtag ging Redn. näher auf Schulwesen ein. Bierzehntel des Gesamtalters werden für die Schule ausgegeben. Die Zulieferfrage sei in Anhalt aufs glänzendste gelöst, im Gegenfall zu Preußen, wo Tausende ohne Beschäftigung seien. Auf dem Gebiete des Gesundheitswesens sei Anhalt im Rahmen des Möglichen vorbildlich. Für allgemeine Bildungswege wie das Theater in Dessau, in dem Besonderen die Kunstschule nicht zu einem Kunsthandel werden oder dritten Grades herabzinken zu lassen. In Wirtschaftsfragen übergehend, besprach Dr. Mathias die Leopoldehler Angelegenheit, den Vertrag mit dem Gemeindefreiwirtschaft u. a. m. Die Eisenpolitik des Landes bedinge eine Beschäftigung der einzelnen Parteien und ihrer Einstellung zur Beschäftigung der notwendigen Einrichtungen. Wenn die Rechte aus rein wirtschaftlichen Gründen den Staat abgeben habe, so sei das keine Politik, die dem Lande nütze, sondern im höchsten Grade schade. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall.

### Bernburg i. Anh. Die Deutsche Demokratische Partei

hielt einen gut besuchten Kreisparteitag ab. Nach einer Begründung durch den Kreisvorsitzenden Student Dr. Schwarze gedachte dieser des 80. Geburtstages des hochverdienenden Demokratenführers, Friedrich Pappe, einen kurzen Ueberblick seines Wirkens gebend. Danach sprach der Landtags- und Kreisabgeordnete Medizinrat Dr. Mathias-Bernburg über Anhaltische und im speziellen über Kreisangelegenheiten. Seine Ausführungen fanden lebhaften Widerhall in einer regen Aussprache. Viele Wünsche wurden laut insbesondere auf die dringende notwendige Verbesserung des Straßennetzes und die angemessene Verteilung von Kreisgeldern auf die einzelnen Gemeinden. Der Kreisabgeordnete konnte auf alle Fragen ersöhnliche Auskunft geben. Organisatorisch besaßen die Kreisparteien noch mit der Vorbereitung zu den bevorstehenden Wahlen. Erstreckungswesen kann gelöst werden, daß im Kreise die Zahl der Parteimitglieder im Aufstiege begriffen ist, darf der ruhigen Arbeit, die geleistet wird. Beschlüssen wurde ferner, den 11. August als Parteitagstag durch ein gemeinsames Beisammensein in Bernburg zu feiern. Dr. Mathias legte ein Programm vor, das allseitige Zustimmung fand. Einheitsliche Widen und Gedanken, getragen von einer aufrichtigen Stimmung, waren überhaupt das Gepräge des vorläufigen Parteitages, der dann vom Vorsitzenden geschlossen wurde.

### Wer hat bezahlt?

Eingegangene Gelder: G. J. Göhnen 4,65 M.; A. S. Arenhöe 4,78 M.; S. Sp. Göhnen 4,80 M.; B. Sch. Geln 6,40 M.; St. D. Dardeshelm 3,85 M.; A. M. Galbe 5,80 M.

### Bezirk Halle.

#### Rechtsparteiler und Beamtenpolitik.

Halle. Mehrere aus Beamtenkreisen bei uns eingegangene Zuschriften lassen erkennen, daß die Rechtsparteiler planmäßig verfahren, das völlige Verlangen der jetzigen Reichsregierung in der Frage der Verbesserung der Beamtenbesoldung dem früheren demokratischen Finanzminister Reingold zumzuführen. Wir sehen uns deshalb zu nachstehenden Feststellungen veranlaßt: Minister Reingold konnte, wie von allen Seiten, auch gerade von Seiten der Beamtenpolitik anerkannt worden ist, nicht in der Zeit einer Massenarbeitslosigkeit (2 Millionen Erwerbslose) und in einer Zeit überhöhten wirtschaftlichen Tiefstandes die Beamtengehälter erhöhen. Er hat

aber, sobald sich die wirtschaftliche Lage besserte, bei Aufstellung des neuen Etats die Vorebereitungen für die Erhöhung der Beamtenbesoldung getroffen. Die von Reingold aufgestellte Etat war so gestaltet, daß 1. April 1927 bereits eine generelle Erhöhung der Gehälter in Kraft treten sollte. Der Sturm Reingolds hat die Entlastung möglich gemacht. In der neuen Verfallungsoffizien mußten verschiedene Spezialämter Länder und Bezirkegruppen beschriebt werden. Das G. D. Reingold für die Beamtenbesoldung rekrutiert hatte, wurde für alle möglichen Zwecke, besonders auch die fideleiden Länder und speziell für Bayern in Kärnten. Dann erklärte der Reichsfinanzminister plöz trostlos sich die Wirtschaftslage in Ausübung der Reingold Steuerabschnallt weiter gebessert hatte, die Zahl der Erwerbslosen weit unter eine Million i. unterland, daß keine Mittel für eine sofortige Erhöhung der Beamtenbesoldung vorhanden seien. Die demokratische Reichsregierung hat darauf ihre bekannten Anträge einbracht, in denen die Erhöhung der Beamtengehälter rückwirkend ab 1. April oder mindestens ab 1. Juli 2. auszahlungen auf die Erhöhung verlangt wird.

Da die Notlage der Wirtschaft, die auch in Mittelstand und aus den Kreisen der Wirtschaft anerkannt wird, immer weiter gestiegen ist, so konnte sich die Reichsregierung der fastlichen Berechtigung des demokratischen Antrages nicht verschließen. Die von ihr selbst verordneten finanziellen Schwierigkeiten veranlaßten sie aber immer neuen Winkeln, die die notwendige Höhe des Gehältes nicht möglich machen, die notwendigen Mittel nicht zu beschaffen. Der Reichsfinanzminister Dr. Hüper verfiel dabei auf eine ganz andere Methode. Er lehnte sich mit dem preussischen Finanzminister Dr. Hüper-Allhoff in Verbindung und legte die Frage vor, ob Preußen etatmäßige Mittel zur Erhöhung der Beamtenbesoldung ab 1. Juli beistehe. Preußen durch den Finanzausgleich des Ministers Reingold besonders benachteiligt ist, so mußte Hüper-Allhoff sich nicht verweigern, und Hüper glaubte sich für seine 2. jägerstatistik darauf berufen zu können, daß die Erhöhung der Beamtenbesoldung ab 1. Juli in der Lage sein. Daß aber das Reich die Führung in gemeinsamen Finanzangelegenheiten in der Hand hat, und in Ländern, insbesondere aber Preußen, nur zuteil, was an Steuern erhoben bzw. an Uebererumpelungen empfangen können, und daß deshalb für die Besoldungserhöhung einzig und allein das Reich zuständig ist, verschwiegen Hüper-Allhoff.







# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Bezugspreis: 75 Halbpennig monatlich, jährlich 4.00 Mark. — Bestellungen nehmen alle Buchhändler, Postämter und der Verlag Halle (Saale), Gr. Braubachstraße 30, entgegen. — Preis: höhere Ortschaft und Services-Büro: entbunden den Verlag von der Haftung für Verpackung und Entschädigung.

Anzeigenpreis: Für die schmalste Zeile 10 Halbpennig. — Anzeigen im Rahmen 1 Mark. — Anzeigen-Aufnahme durch den Verlag des Politischen Wegweiser, Halle (Saale), Gr. Braubachstraße 30. — Druckort: Halle (Saale), Gr. Braubachstraße 30. — Druckmaschinen: Halle (Saale), Gr. Braubachstraße 30. — Preis: 1277.

Nummer 27

Halle (S.) 2. Juli 1927

3. Jahrgang

## Es gelingt nichts mehr.

Unersättliche Wünsche — Hü und hot — Die Verlängerung des Reichsmietengesetzes — Der umkämpfte Schutz Zoll — Curtius gegen Schiele für Abbau des Wirtschafts-Imperialismus — Die Verdrängung des Schulgesetzes — Gedämpfte Begeisterung für den schwarz-blauen Block — Das Zentrum für Septembertagung — Die Fürstenabfindung — Thüringen gegen die Reichsregierung — Lauter Doppelvorlagen — Der Verfassungstag — Preußen gegen das Reich — Die außenpolitische Debatte — Eine Anfrage an Poincaré — Die beiden „Freimarer.“ — Der Fall Daudet — Der Obrigkeitstaat — Die Ab- und Aufrüstung zur See.

Als der Reichstag nach den Pfingstferien wieder zusammentrat, bereitete ihm die Reichsregierung eine Ueber-Übung. Während man allgemein angenommen hatte, nur eine kurze Tagung beabsichtigt sei, in der nur un-erschöpfbare Gesetzvorlagen erledigt werden sollten, hat das Kabinett eine umfangreiche Liste seiner Wünsche vorbereitet. Allerdings nur die Liste, nicht die Gesetze selbst. Sie standen lediglich auf dem Papier mit Ueber-Übung. Der Text fehlte. Und das war eigentlich gar nicht so merkwürdig, denn die jetzige Regierung ist ihrer eigenen Zusammenziehung nach wohl die ungeschickteste, die Deutschland nach Herrn Cuno gehabt hat. Bekannt ist der Wagen ausreißend, aber jedes Pferd zieht nach einer anderen Richtung. Inzwischen haben sich die wirklichen parlamentarischen Verhältnisse bereits geklärt, und das ist die Desillusionierung, die bereits, daß in diesem Sommer gar nichts geschehen wird. Das Reichsmietengesetz als das Mietengesetz laufen am 30. Juni ab. Wirklich ist die Regierung eine Verlängerung bis zum 1. Juli vor, um dem hohen Hause Zeit zu geben, sich in die Widersprüche des Reichsrats zurecht zu finden. Herr Berg hatte an den geltenden Bestimmungen einiges Angenehme der Mieter geändert, namentlich in Bezug auf das Kündigungsrecht. Die so veränderte Vorlage ist dann für einige Zeit Ruhe schaffen. Preußen aber hat sich nicht auf ihre Seite. So kam es zu einer Doppelvor-Übung mit dem Reichsrat. Zur gefälligen Auswahl. Der Reichstag aber wollte nicht wählen, sondern verwarf seine Entscheidung. Die bisherigen Gesetze blieben bis zum Ende des Jahres in Kraft.

Dieses war der erste Streich. Dabei ist er insofern eine Ausnahmeerscheinung, als tatsächlich etwas Greifbares vorlag. Anders steht es mit der Zolltarifnovelle. Die Agrarier hatten weitgehende Wünsche, die Herr Cuno pflichtgemäß vertrat. Erhöhung des Kartoffelpreises, des Zuckers, während der Wechsell durch den Kauf des deutsch-französischen Handelsprotokolls sich monatlich von 10.50 auf 12.50 M. erhob. Aber die Regierung besteht glücklicherweise nicht nur aus Deutschen, sondern auch aus Franzosen. Sie stehen auf dem Boden der Gerechtigkeit. Der Genfer Weltwirtschaftskonferenz gefassten Beschlüsse sind für den Abbau der Zollmauern. Während Schiele in Bielefeld seine Rede für Wirtschafts-Imperialismus hielt, bekannte sich Stresemann in Genf zum Freihandel, und sein Parteifreund Dr. Curtius benutzte die Gelegenheit der Auslands-Handelskammer in Hamburg, um die Angelegenheiten mit allem Nachdruck zu betonen. Allein würde noch nicht ein Bild der jetzigen Zustände widerpiegeln. Im Reichsrat werden Preußen, Sachsen, Hamburg und wohl auch noch eine ganze Reihe anderer Länder die Vorlage der Regierung verpfänden. Es kommt es auch wieder zur gefälligen Auswahl. Am Ende wäre es schon, man verlängerte einfach die am 1. Juli ablaufende Novelle. Und das dürfte vermuthlich ein wesentliches Gelingen sein. Den Deutschen ist es wohl, wie wir hören, das Regieren gar keinen Spaß machen. Mit dem Republikanengesetz allein kann man vor seinen Anhängern nicht parodieren.

Auch das Zentrum hat keine Begeisterung für den schwarz-blauen Block erheblich gedämpft. Eigentlich hat man nur geschaffen, um in Kulturfragen die Welt nach rückwärts zu revidieren. Das war der Sinn, als sich in Köln traf und die Koalition der Mitte in die Welt schlug. Man kann auch nicht behaupten, daß es an dem Ministerium des Herrn von Reußel gefehlt hätte. Immer das Zentrum pflegen in solchen Dingen eher zurück zu sein, als zu weit zu gehen. Fünf Entwürfe sind ausgearbeitet worden, von denen keiner fäktlichen Verhandlungen gewährt. Wir aber dürfen vermuthlich dem früheren Abgeordneten Lohr sagen: „Ja, kenne die Gedanken der Regierung nicht, ich mißbillige sie aber.“ Auch nur im entferntesten die Zustimmung eines Zentrums in dieser Hinsicht finden kann, ist für einen Mann unersättlich. Doch soweit nicht wir noch gar nicht. Wir brauchen uns nicht den Kopf des Herrn Dr. Cuno oder des Herrn Dr. Curtius zu zerbrechen. In der nächsten Woche, wenn der Träger des Nobel-

preises aus Oslo zurückgekehrt sein wird, wird sich das Kabinett damit zu befassen haben. Vielleicht. Wahrscheinlich nicht. Selbst im Zentrum rechnet man schon damit, daß vor dem Sommerenden dieser Zeitpunkt nicht mehr unter die Parteien rückt. Deshalb schlägt man auch eine Septembertagung vor, für die aber im hohen Hause nicht die geringste Genehmigung besteht. Seinen Urlaub zu unterbrechen, wenn etwas Wichtiges vorliegt, ist peinlich. Wer mit der sicheren Aussicht nach Berlin zurückzukehren, mit den Bundesgenossen in die Haare zu geraten, kann wirklich nicht verlockend. So dürfte es beim November bleiben. Allerdings auch nicht gerade mit Aussicht auf Erfolg. Im letzten Jahre vor den Wahlkämpfen belastet sich niemand gern.

Doch damit ist die Sperrkloßfrage der Mißerfolge noch nicht erschöpft. Das Sperrengesetz für die Fürstenabfindung läuft ab. Gesetze haben die merkwürdige Eigenschaft, immer im unbestimmten Zeitpunkt ihr Ende zu erreichen. Noch stehen Auseinandersetzungen in Thüringen aus, und gerade die Regierung in Weimar drängt auf Verlängerung, übrigens mit beifolgender Zustimmung der Deutschen, deren monarchische Gefühle sich mit der Abneigung gegen neue Steuern die Waage halten. Doch Herr von Reußel ist auf einen Ausweg gekommen. Er hat sich von den Fürsten das Versprechen geben lassen, daß sie keinen Prozeß vor dem 1. Januar anstrengen. Leider wissen wir noch nicht, ob es sich um das kleine oder große Ehrenwort handelt, und ob diese Zusagen Rechtsverbindlichkeit haben. Aber das alles lokal zugegeben, bleibt noch die Tariffrage bestehen, daß Thüringen viel schlechter verhandeln kann, wenn kein Sperrengesetz vorhanden ist, und die Fürsten ja nur bis zum 1. Januar zu warten brauchen, um freie Hand zu haben, als wenn sie sich in einem gewissen Zwange befinden. Mit den Standesherrn aber will man auf dem Wege der Berordnung aufräumen. Der Unterschied zwischen ihnen und den Entthronten vom 9. November besteht lediglich in der Zeit. Die Einen wurden schon vor 120 Jahren abgesetzt, die Anderen erst 1918. Man kann sie als die Vorfahren betrachten.

Auch die Frage des Verfassungstages wird ein Mißerfolg. Demokraten und Sozialdemokraten haben die gesetzliche Festlegung beantragt. Daß die Rechte damit nicht einverstanden ist, überrascht nicht. Die Entscheidung liegt beim Zentrum, das selbstverständlich dafür ist, aber das hohe Einvernehmen in der Regierung nicht zu fördern wünscht. Deshalb ist man auf den genialen Ausweg verfallen, die Anträge bis zum Herbst zu versetzen, weil dann der 11. August sowieso vorüber ist, übrigens in Verbindung

ein Laßsal gewesen. Tugend einmal wird der große Lotharinger schon Farbe bekennen müssen. Er hat inzwischen die Resolutionen seiner Unvollständigen Rede gelesen und dabei festgestellt, daß er von den Kritikern aller Länder her untergeordnet wurde. Dafür aber hat er ein sehr feines Ohr. Der Reichstag stellte sich beinahe einmütig hinter keinen Minister. Natürlich, die Kommunisten ausgeschlossen, die überall Gefahr für Moskau wittern, auch wo sie nicht vorhanden ist, und ebenso natürlich die Bolschewiken ausgeschlossen. Man kann streiten, wer sich dabei rüpelhafter betrug. Graf Rosenlow holte sich einen Ordnungsruf, weil er den Vortragsvertrag als die Schieberarbeit der beiden Freimärker Briand und Stresemann als Landesverrat bezeichnet. Aber die Presse war gut. Selbst die Deutsche Zeitung schwankte ein. Eine rühmliche Ausnahme machte nur Herr Husson im Berliner Lokal-Anzeiger, der meinte, der Minister wäre noch schimpflich, glimpflich bei seiner Bankrottverkündung davonkommen. Das hat persönliche Ursachen und mit Politik nichts zu tun. Aber es ist immerhin beachtenswert, welchen Mut von Ueberzeugung deutsch-nationale Blätter gegen ihre eigene Regierung aufbringen, wenn man sie zuvor nicht genügend ge-Übert hat.

Der Fall Daudet wurde herzlich belacht. Nicht ganz mit Recht, obwohl die Situation selbst urkomisch war und Stoff zu einer Komödie hergeben würde. Der Republikanische Führer wurde aus dem Gefängnis befreit, weil seine Freunde mit einem alten Art geübt haben. Der Gefängnisdirektor wurde im Namen des Ministers angefaßt und erhielt Befehl, den Gefangenen sofort in die Gefängnisgefangenen zu lassen. Eine Nachfrage wurde gemacht, ob er weiß, wo er ist, und er antwortete, er weiß es nicht. Der Gefängnisdirektor wurde in die Gefängnisgefangenen zu lassen. Eine Nachfrage wurde gemacht, ob er weiß, wo er ist, und er antwortete, er weiß es nicht.



Die Seebahnkonferenz in Genf steht vor einer Krise. Herr Cooldige berief sie, um die großen Ausgaben für die Marine herabzusetzen. Frankreich und Italien blieben abseits, aber würden sich fügen müssen, wenn eine Einigung gelänge. Doch die Gefahr ist nicht groß. Der Kampf um die einzelnen Schiffsklassen ist von untergeordneter Bedeutung. Es geht um mehr. Zwischen Japan und England vollzieht sich eine Annäherung auf breiter Grundlage, deren Spitze gegen die Vereinigten Staaten nicht zu verkennen ist. Aus China will man die Amerikaner herausdrängen, um gemeinsam die Beute zu teilen. Deshalb ist man in Tokio plötzlich mit dem Ausbau der Flottenbasis von Singapur einverstanden, gegen die man bisher Einspruch erhob. Das ist die Gegengabe an London. Aber die Flottenbasis von Samoa will man nicht dulden, denn sie ist amerikanisches Werk. In Washington zieht man sich auf die Dollars zurück. Eine gewaltige Flottenauflage ist angekündigt. Sie kostet Milliarden. Dröben in der neuen Welt hat man den längeren Atem und durch das Ergebnis der Seebahnkonferenz eine Verstärkung der Seeflotte.

**Dienst am Vaterlande**  
ist für uns die politische Arbeit. Unsere Ideen durchzuführen. Wir freuen uns dessen. Stärker wichtiger und erfolgreicher können wir arbeiten, wenn alle demokratisch Gesinnten sich zusammenfinden. Freunde werdet für die Deutsche Demokratische Partei,  
**es lohnt sich, dafür zu arbeiten!**

mit der gesetzlichen Festlegung katholischer Feiertage auch in den protestantischen Staaten. Umsonst ist der Tod. Soweit wäre alles in bester Ordnung, was man unter dem gegenwärtigen System Ordnung nennt. Wenn nur nicht Preußen wäre. Dort aber legt man für Zweidrittel aller Deutschen den Verfassungstag gesetzlich fest. Mit Zentrumshilfe. Es ist eben ein Unterschied, ob man seine Grundzüge im Reichstag oder im Landtag zu vertreten hat.

Die große außenpolitische Debatte im Reichstag war eine Einheitsprotokoll. Herr Dr. Stresemann hielt eine sehr schöne Rede mit der freundlichen Aufforderung an Poincaré, nun endlich zu sagen, was er lieber sieht, Raubkämpfe oder Locarno. Auch wir sind durchaus für diese Anfrage, obwohl wir nicht glauben, daß sie beantwortet wird. Aber sie ist vielleicht dem kranken Briand

Richard Ma.